

Regierungsratsbeschluss

vom 8. März 2005

Nr. 2005/606

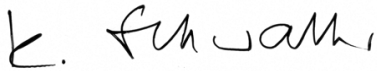
Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative und zur Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte
Schreiben an die Bundeskanzlei

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an die Bundeskanzlei betreffend die Einführung der allgemeinen Volksinitiative und die Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte.

2. Beschluss

Das Schreiben an die Bundeskanzlei wird beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Bundeskanzlei

Verteiler

Staatskanzlei (Sch, Stu, San)